

91. Jahresbericht

des Arbeitgeberverbandes Kreuzlingen und Umgebung über das Geschäftsjahr 2008

1. Einleitende Gedanken

Im vergangenen Verbandsjahr gehörten die „Finanz-, und „Wirtschaftskrise“ zu den unerfreulichsten und belastenden Entwicklungen seit Jahren. Viele glaubten lange, man würde sie nur herbeireden. Jetzt rückt sie immer näher, die Krise. Nicht alle Wirtschaftszweige sind gleichermassen betroffen. Einige Bereiche melden keine Rückgänge, andere verzeichnen erdrutschartige Umsatz- und Gewinneinbrüche. Der Winterthurer Maschinenbauer Rieter beispielsweise verzeichnete 2008 einen Umsatzrückgang von 22 %. Der Bestellungseinbruch im Textilbereich lag sogar bei nahezu unvorstellbaren 68 %. Die Experten sind sich mittlerweile einig: Die Wirtschaftskrise erreicht im Umfang jene von 1929, ja übertrifft diese sogar. Die Weltbank geht für 2009 zum ersten Mal seit Ende des zweiten Weltkrieges von einem Rückgang des Welthandels aus, den sie auf einem Stand wie vor 80 Jahren erwartet. Betroffen sind davon in einem besonderen Masse die Entwicklungsländer, denen jegliche Reserven fehlen.

Das Ausmass der aktuellen weltwirtschaftlichen Lage rechtfertigt die Frage nach den Ursachen und

Hintergründen. Der vormalige US-Präsident Bush meinte etwas einfach gestrickt: Die Amerikaner hätten zu viele Häuser gebaut. Diese Auffassung teilt im Grundsatz zwar auch der Nobelpreisträger Josef Stiglitz ¹, der die Ursachen aber tiefer sucht und auf einen makroökonomischen Hintergrund verweist. Er wirft dem internationalen Währungsfonds Fehler vor: Als Folge der Asienkrise (1997/1998) hätten aufgrund eigener schlechter Erfahrungen die asiatischen Schwellenländer riesige Devisenreserven als Versicherung angehäuft. Diese flossen als Finanzanlagen in die USA, finanzierten dort das riesige Ertragsbilanzdefizit und lösten nach dem Platzen der Internetblase und mit Unterstützung der laxen Geldpolitik der US-Notenbank einen regelrechten Investitionsboom aus. Die Investitionen der verunsicherten Anleger erfolgten vorwiegend in vermeintliche sichere Immobilien. Als die Kaufkraft der Amerikaner unter anderem auch aufgrund des Erdölpreisschocks einbrach, platze die Immobilienblase. Übrig blieben nicht nur ein Hypothekenüberhang, der aufgrund der starken Überschuldung nicht mehr finanzierbar war, sondern darauf aufbauende, gänzlich intransparente derivative Finanzkonstrukte. Diese sicherten in den Jahren des Wachstums auch den Finanzinstituten fette Gewinne, brachen jetzt aber ein und multiplizieren den Schaden in astronomische Dimensionen. Auch die

¹ Josef Stiglitz, 65 J, Professor an den Universitäten Yale, Stanford, Oxford und Princeton

Notenbanken, welche regulierend hätten eingreifen sollen, hatten sich zu einseitig auf eine Tiefzinspolitik konzentriert, um die Wirtschaft am Laufen zu halten und verstärkten damit das Debakel.

Als Folge daraus wurden die Zinsen weltweit gesenkt, sogenannte „Hilfspakete“ geschnürt, Konzerne mit Kapital versehen und teilweise oder ganz verstaatlicht. Von allen Seiten wird ausserdem der Ruf nach staatlicher „Regulation“ laut. Mittels Konjunkturpaketen soll die Wirtschaft durch öffentliche Gelder gestützt, ja angekurbelt werden. Die gefährliche Gratwanderung ist augenfällig. Die Politik hat die schwierige Aufgabe, bei diesem Balanceakt zu entscheiden zwischen

- Rettung von zehntausenden von Arbeitsplätzen mit Eingriffen in den Wettbewerb, mit Wettbewerbsverzerrung und unabsehbaren gesamtwirtschaftlichen Folgen sowie einer staatlichen Schuldenfalle einerseits oder
- der unpopulären Entscheidung andererseits „nein“ zu sagen, damit aber zu Markbereinigungen beizutragen, die all jene Unternehmen stärken, die ihre Hausaufgaben gemacht und in den guten Zeiten vorgesorgt haben.

Die Politik kann es eigentlich nur falsch machen. Wird die Hilfe versagt, werden die Verantwortlichen untätig oder gar unfähig gescholten. Werden Beträge in der notwendigen Milliardenhöhe gesprochen, wird ihnen

Verschleuderung von Steuergeldern und weiter vorgeworfen, der Staat habe sich - statt zusätzliche Begehrlichkeiten zu wecken - nicht in den freien Wettbewerb einzumischen.

Auch der Konsum soll angekurbelt werden. Aktuelles Beispiel sind die staatlichen Einmalzahlungen für Autokäufe, die sogenannten „Verschrottungsprämien“. Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy kündigte solche vollmundig an, um damit natürlich vor allem der französischen Autoindustrie unter die Arme zu greifen. Nach einer Stallorder der Europäischen Union krebste er zurück. Es wird sich weisen, inwieweit solche staatlichen Stützungsprogramme Erfolg haben werden.

Nicht ganz zu Unrecht wird nach dem Prinzip Darwins gerufen: Der Stärkere überlebt. Aber eines ist sicher: Die bereits absehbare massive Staatsverschuldung wird zu hohen Zinsbelastungen führen und diesen Staaten in Zukunft massive Fesseln anlegen.

„Die Macht des Stärkeren“ hat sich offenbar auch die russische Regierung gedacht und Georgien - bei undurchsichtiger Ausgangslage - im Sommer 2008 militärisch in die Knie gezwungen. Mit diesem Vorgehen hat die Regierung Medwedews die restliche Welt - und insbesondere Europa - aus dem Traum des „ewigen Friedens“ geweckt. Die Lage war zwar trotz

zögerlicher Intervention der sogenannten „Grossmächte“ wegen der Übermacht rasch wieder unter Kontrolle, hinterlässt aber ein ungutes Gefühl.

Verschärft ins Bewusstsein trat erneut die Sorge um eine sichere Versorgung mit Rohstoffen, insbesondere mit Erdöl und Erdgas, als die Ukraine gegen Ende 2008 aufgrund angeblicher technischer Probleme das für den Westen bestimmte Gas statt durchzuleiten kurzerhand mindestens teilweise selbst verbrauchte. Das rasche aber wenig wirkungsvolle Reagieren auf oberster Regierungsebene der EU zeigte die Brisanz dieses Themas und die grosse Abhängigkeit der gesamten Wirtschaft in diesem Bereich.

Viel zu reden und zu schreiben gaben Ereignisse wie der Ausbruch der Kampfhandlungen im Gazastreifen, die Verschärfung der Situation zwischen den Nuklearmächten Pakistan und Indien, der Terrorakt im indischen Mumbai, die vermehrten Meldungen von Piraterie am Golf von Aden sowie die mögliche Atommacht Iran. Der Grossbetrüger Madoff mit einem mutmasslichen Schaden der Anleger von ca. 69 Milliarden USD oder der Zusammenbruch von Lehman Brothers als Milliardenpleite. In der sich immer stärker globalisierenden Welt ist auch die Schweiz je länger je mehr von diesen Ereignissen direkt oder indirekt betroffen. Bald die Hälfte der Menschen weltweit verfügt über ein Mobiltelefon,

immerhin ein Fünftel über einen Zugang zum Internet. Nachrichten und Bilder aus aller Welt werden innert kürzester Zeit verbreitet und wirken sich auf den Handel, auf das Verhalten der Konsumenten und auf die Wirtschaft im allgemeinen aus. Sich heute wirtschafts- und sicherheitspolitisch abzukapseln, ist kein Rezept mehr. Sicherheitspolitik wird daher auch für eine neutrale Schweiz immer mehr Teil der Europa- und der Weltpolitik.

Europa (innerhalb oder ausserhalb der EU) wächst je länger je mehr zusammen. Der internationale Austausch wird immer wichtiger. Das Schweizer Stimmvolk hat mit dem klaren Ja zur Erweiterung der EU den Weg der bilateralen Verträge gestärkt. Die Schweiz kann sich eine wirtschaftliche Aussenseiterrolle künftig nicht mehr leisten.

Die Angriffe auf das Schweizer Bankgeheimnis und den Finanzplatz Schweiz sind nur ein Beispiel dafür. Um sich im weltweiten Wettbewerb um Finanzdienstleistungen zu behaupten, rühmt sich die Schweiz zu Recht der wirtschaftlichen und politischen Stabilität. Das politische System der Schweiz ist ausbalanciert, demokratisch, rechtsstaatlich, berechenbar und respektiert die Privatsphäre. Um solche Werte schert sich die USA allerdings wenig. Sie führen, flankiert von Grossbritannien, gegen den Bankenplatz Schweiz ganz offensichtlich einen

beharrlichen Wirtschaftskrieg. Andere Staaten lenken durch ihre Angriffe auf unseren Finanzplatz von eigenen Fehlentwicklungen ab, ohne ihre Hausaufgaben zu erledigen. Dabei stimmt besonders nachdenklich, dass viele nicht davor zurückschrecken, rechtsstaatliche Grundsätze und Verfahren oder gültige staatsvertragliche Vereinbarungen zu verletzen, sondern das Recht des Stärkeren über Gesetz und Vertrag stellen. Umso ärgerlicher ist es deshalb in diesem Zusammenhang, dass einzelne Exponenten durch eigene Masslosigkeit unnötige Angriffsflächen bieten und der Vertrauenswürdigkeit der Schweiz schweren Schaden zugefügt haben. In diesen schwierigen Zeiten ist es trotz allem und erst recht ein Gebot der Stunde, Einigkeit zu demonstrieren, zusammenzurücken und die politischen Kräfte aller Parteien zu bündeln. Immerhin ist der Finanzsektor eine wichtige Stütze der Schweizer Volkswirtschaft. In diesem Sektor werden mit ca. 150'000 - 200'000 Arbeitsplätzen rund 14 % der Wertschöpfung der Schweizer Volkswirtschaft erarbeitet. Die Schweiz muss ihre Stärke erkennen und diese selbstbewusst demonstrieren, gleichzeitig aber differenziert verhandeln. Der Bundesrat ist gefordert.

Trotz der schwierigen Zeiten und der vielen schlechten Nachrichten, ist es deshalb um so erfreulicher, dass die Schweiz auch am 6.

Forschungsrahmenprogramm der EU gemessen an der Zahl der beteiligten Forscher den elften Rang und bei den Fördermitteln den neunten Rang eingenommen hat und damit die grosse Bedeutung der Bildung als hohes Gut unterstreicht. Es mag dabei interessieren, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in der Schweiz zu 70 % durch die Privatwirtschaft, zu 20 % von Bund und Kantonen finanziert wird, die restlichen 10 % entfallen auf diverse.

2. Konjunkturelle Entwicklung in Thurgau

Die Thurgauer Wirtschaft hat sich zum Jahresschluss 2008 merklich abgekühlt. Produktion und Auftragseingänge bildeten sich auf breiter Front zurück. Bis Mitte 2009 wird ein Anhalten des Abwärtstrends erwartet. Insbesondere der Geschäftsgang in der Thurgauer Industrie ist im letzten Quartal 2008 in den negativen Bereich abgerutscht. Die drei Indikatoren „Bestellungseingang“, „Produktion gegenüber dem Vorjahr“ und „Beurteilung des Auftragsbestandes“ verschlechterten sich markant. Die Anfang 2009 von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich (KOF) befragten Thurgauer Industriebetriebe äusserten sich deutlich negativer über ihre Geschäftslage als noch drei Monate zuvor. Insbesondere der Anteil der

Unternehmen, welche die Geschäftslage als „schlecht“ einstufen, hat sich innerhalb von drei Monaten mehr als verdoppelt und erreichte im Januar 2009 knappe 31 %. Dem gegenüber bezeichneten aber immerhin noch 18 % der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut.

Das Ende des Exportbooms zeichnet sich ab. Die Thurgauer Exportwirtschaft schloss schlechter ab, als die gesamtschweizerische Exportindustrie. Vor allem in den USA wurden deutlich weniger thurgauer Produkte abgesetzt. Eingebrochen ist auch die Ausfuhr in die asiatischen Schwellenländer. Die Ausfuhr in den EU-Raum ist dagegen relativ stabil geblieben.

Für die erste Hälfte 2009 gehen die thurgauer Industriebetriebe von einer weiter rückläufigen Produktion aus. Beinahe jeder vierte Betrieb erwartet eine weitere Verschlechterung der Geschäftslage. Immerhin rechnen noch gut 70 % der Firmen mit einer unveränderten Lage. Ähnlich sieht es in der Baubranche sowie im Detailhandel aus. Trotz der noch guten Baukonjunktur sind die Zeichen der Abkühlung unübersehbar. Die Beurteilungen fallen überall weit vorsichtiger aus als noch vor drei Monaten. Die Erwartungen sind eher verhalten pessimistisch.

Damit gerät auch der Arbeitsmarkt unter Druck. Zum Jahresende 2008 stieg die Arbeitslosenquote im Kanton Thurgau quer durch die Berufsgruppen und Regionen an. Damit ist der bislang positive Trend auf dem Arbeitsmarkt erst einmal gestoppt. Die Zahl der Arbeitslosen lag im Thurgau 2008 im Durchschnitt bei 1.9 %, per Ende Januar 2009 bei 2,6 %. Damit liegt der Thurgau nach wie vor ca. einen halben Prozentpunkt unter dem Schweizer Durchschnitt. Im Vergleich dazu, stieg die Arbeitslosenquote in den USA im Februar auf 8,1 %, dem höchsten Wert seit 25 Jahren.

3. Rückblick auf das Verbandsjahr

Der Arbeitgeberverband Kreuzlingen und Umgebung (161 Mitgliedfirmen, 5'780 Mitarbeitende) stellte das Verbandsjahr 2008 unter das Thema „Unternehmer in die Politik“. Das Auftaktsreferat wurde von Alt-Bundesrat Christoph Blocher anlässlich der 90. Generalversammlung in Gottlieben gehalten. Die „Gourmet Metzgete“ wurde – zur Freude aller Teilnehmenden – von der Gastköchin Rosa Tschudi zubereitet. Die Veranstaltung im Hinblick auf die Steuerreform unter dem Titel „Salär oder Dividende“ organisierte die first advisory ag in der Römerburg Kreuzlingen mit den Referenten Beat Rüedi und Wolfgang Maute. Der AGV-Vorstand reiste im Juni 2008 auf eigene Kosten nach Wien und besuchte die

Werke der SSF Technologie Transfer STEYR DAIMLER PUCH-Spezialfahrzeug GmbH, ein Schwesterunternehmen der Kreuzlinger Mowag. Die diesjährige Firmenbesichtigung führte zum HMK Münzkontor in Kreuzlingen mit anschliessendem Essen im Fischerhaus. An der Herbstveranstaltung referierte Nationalrat Werner Messmer über „Aktuelles aus Bern“ im Dreispitz in Kreuzlingen. Der traditionelle Martiniapéro fand turnusgemäss in Konstanz statt und wurde zum Thema Tourismus wiederum gemeinsam mit der IHK Hochrhein Bodensee durchgeführt. Auftakt des neuen Jahres bildete der sehr gut besuchte Behördenapéro mit Regierungsrätin Monika Knill und der Unternehmerin Monica Müller, Chocolat Bernrain, auf dem Lilienberg in Ermatingen.

Der Vorstand pflegte 2008 an diversen Anlässen und Sitzungen den regen Austausch mit den Vertretern der lokalen Behörden im Verbandsgebiet.

4. Finanzen

Die Rechnung 2008 schliesst unter Berücksichtigung der Wertberichtigung der Wertschriften mit einem Jahresgewinn von CHF 1'184.33. Auf die Jahresrechnung komme ich anschliessend noch im Detail zurück.

5. **Ausblick**

Der Vorstand des AGV hat das Verbandsjahr 2009 dem Thema www.unbegrenztmoeglichkeiten.com gewidmet. Die immer stärkere Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft soll aufgezeigt und die Möglichkeiten künftiger Entwicklungen anhand konkreter Beispiele vorgestellt werden. Wir freuen uns, wieder hochkarätige Referenten begrüßen zu dürfen.

Der Jahresbericht schliesst wie immer mit dem Dank an Sie für Ihre Treue zum Verband und Ihrem regen Interesse an den Veranstaltungen. Der Vorstand schätzt sich glücklich über die konstant hohen Besucherzahlen die positiven Feedback sowie das grosszügige Sponsoring. In vergangenen Jahr waren dies Strellson, zur Rose, Neuweiler AG, first advisory ag, Ellenbroek Hugentobler AG und Lang Fahrzeug AG.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Kreuzlingen, 9. März 2009 FK/fs